

Synopse der Positionen der Parteien zur Erbschaftsteuer, die die Bundes- oder eine Landesregierung stellen

Partei	
Die Linke	„Reichtum wird vererbt – meist ohne, dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Zu dem Zweck sollen die heute existierenden Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen entfallen. Wir werden die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.“ (Entwurfssfassung, Schlussredaktion stand am 26. Juni 2021 noch aus)
<u>Anmerkung:</u>	Des weiteren ist eine „Erhöhung“ angesprochen, die durch Absenkungen von persönlichen Freibeträgen (§§ 16, 17 ErbStG) und/oder eine Verschärfung der Steuersätze in § 19 ErbStG erreicht werden kann. Die sachlichen Steuerbefreiungen in §§ 13a bis 13c ErbStG (also die 85-prozentige Normalverschonung und der optionale 100-prozentige Verschonungsabschlag bis zur Wertgrenze von 26 Millionen Euro) würde ggf. entfallen. Wahrscheinlich auch § 28a ErbStG (Erlass im Umfang des Verschonungsbedarf) als Alternative zum regelmäßigen Abschmelzungsmodell für Erwerbe größer 26 Millionen Euro.
Bündnis 90 / Die Grünen	„Die Vermögensungleich in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über dem EU-Durchschnitt. Das liegt unter anderem daran, dass es sehr reichen Menschen möglich ist, durch Gestaltungen einer Besteuerung von Vermögen, etwa bei der Erbschaftssteuer, nahezu komplett zu entgehen. Wir wollen solche Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und große Vermögen wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die Erbschaftssteuer oder die Vermögenssteuer. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument.“ (s. S. 45)
<u>Anmerkung:</u>	Es bleibt für die unternehmerische Steuerplanung recht unklar, was „große Vermögen“ numerisch sein sollen und welche Vermögensarten wie betroffen sein sollen. Dies mag sich aus detaillierteren Gremienbeschlüssen von Bündnis 90/ Die Grünen ergeben.
SPD	„Die Erbschaftssteuer ist reformbedürftig. In ihrer gegenwärtigen Form ist sie ungerecht, da sie vermögende Unternehmenserben bevorzugt. Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine Mindestbesteuerung einführen.“ (s. S 23)
<u>Anmerkung:</u>	Was mit einer Mindestbesteuerung für vermögenserhaltende Familienstiftung konkret gemeint ist, wird nicht weiter ausgeführt und bleibt angesichts der bereits bestehenden Erbersatzsteuer für Familienstiftungen (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG) unklar. Dies mag sich aus detaillierten Gremienbeschlüssen der SPD ergeben.

CDU / CSU	„Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögensteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer entgegen. Beides würde vor allem auch die wirtschaftliche Substanz Deutschlands gefährden und Arbeitsplätze kosten.“ (s. S. 34 f)
<u>Anmerkung:</u>	Die – scheinbar – eindeutige Formulierung schließt bewusst eine Strukturreform nicht aus. So könnte im Anschluss an die Rechtsprechung des BVerfG zwar das sogenannte „Familiengebrauchsvermögen“ im Erbschaftsfall weiter steuerfrei bleiben. Für Unternehmer schließt dies aber nicht aus ¹ , dass das darüber hinausgehende Vermögen mit niedrigen Steuersätzen (also im Zuge einer Tabellenabsenkung) besteuert werden könnte, dafür im Gegenzug der Betriebsvermögensabschlag aber entfällt, herabgesetzt und/oder tatbestandlich restriktiver gefasst werden könnte. So könnte z.B. die Zahl der Stufen im progressiven Stufentarif zugunsten einer im Gegenzug stärkeren Einschränkung der sachlichen Steuerbefreiungen (also der §§ 13 ff ErbStG) abgesenkt werden.
FDP	-
<u>Anmerkung:</u>	Änderungen bei der Erbschaftsteuer sind im Wahlprogramm nicht erwähnt, weil sie eindeutig abgelehnt werden. https://www.fdp.de/belastungs-moratorium-statt-neiddebatten

¹ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2021/interview-friedrich-merz-offen-fuer-hoehere-erbschaftsteuer-absage-an-vermoegensteuer-haben-wir-bereits/27207898.html?ticket=ST-1978231-m5vf01RYLtY4mfVsbS3F-ap4>